

Wohnungsbau, Arbeitsplätze, Soziales

Aufgaben der Freien Demokraten in der BVV

„Nicht das Blaue vom Himmel versprechen, sondern sachorientiert nach pragmatischen Lösungen suchen, die den Menschen im Bezirk konkret nützen,“ das werde die Grundlage ihrer Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung sein. Mit diesem Anspruch kandidiert Anja Molnar erneut. Sie wurde von den Mitgliedern der FDP zur Spitzenkandidatin für die BVV gewählt. In Marzahn-Hellersdorf ist sie keine Unbekannte, da sie bereits von 2021 bis zur Wiederholungswahl die Liberalen als Fraktionsvorsitzende im Bezirk vertrat. Einen Schwerpunkt wolle die Partei auf den Wohnungsbau legen. „Nicht die Mangelverwaltung, sondern nur neue Wohnungen können die Lage entspannen,“ so Molnar. „Dabei muss auch die Schaffung von Wohneigentum als Altersvorsorge, zur Vermögensbildung und nicht zuletzt zur Förderung der Verwurzelung im Bezirk in den Blick genommen werden.“

Auf den zweiten Listenplatz wählten die Mitglieder Benjamin Dahler. Der 24-jährige Diplom-Jurist sammelte politische Erfahrungen unter anderem bei den Jungen Liberalen im Bezirk, in dem er aufgewachsen ist. „Als begeisterter Fußballer sind mir schon sehr früh die unterschiedlichen Startbedingungen meiner Mitspieler klar geworden. Deshalb ist mir sehr wichtig, dass, unabhängig davon wo jemand herkommt, jeder die Chance haben muss, seine Talente zu entfalten und aufzusteigen.“ Der Bezirk muss nach seinen Worten das Potenzial freier Flächen nutzen, um gute Arbeitsplätze zu schaffen. Der CleanTech Business-Park, wo ansiedlungswillige Firmen wieder absprangen, weil Wechselkröten als Vorwand für jahrelange Verzögerungen herhalten mussten,

sei ein Beispiel, wie es nicht laufen dürfe. Soziale Themen sind der Schwerpunkt von Anne-Katrin Schulze (Listenplatz drei). Als freiberufliche Berufsberaterin von Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen hat sie tiefen Einblick in deren Herausforderungen. Dies gilt insbesondere auch für den Umgang mit Behörden. Nicht nur unzumutbar lange Bearbeitungszeiten, sondern auch das mangelnde Bewusstsein, sich als Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger zu verstehen und diese zu beraten und zu unterstützen, müsse sich ändern, fordert Frau Schulze. In die gleiche Kerbe schlägt Ingo Gering (52), langjähriger Krankenpfleger auf einer Intensivstation und nun als selbstständiger Seniorenassistent tätig (Listenplatz vier): „Wir brauchen im Bezirk entsprechend der demografischen und der Entwicklung der Einwohnerzahl mehr niedergelassene Ärzte. Lassen wir die Alten und Kranken nicht wochenlang auf Facharzttermine warten!“



Sie kandidieren für die Bezirksverordnetenversammlung: Ingo Gering, Anne-Katrin Schulze, Anja Molnar, Benjamin Dahler (von links)

Sicherer Schulweg über die Köpenicker Straße

Im Herbst letzten Jahres hatte Christian Haase, Vorstandsmitglied der FDP, während einer Bürgerfragestunde auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die sich insbesondere für die Schüler der Fuchsbergschule beim Überqueren der viel befahrenen Köpenicker Straße ergeben. Nun hat die Verwaltung hier eine 30km/h-Zone eingerichtet. Haase: „Das ist ein schöner Erfolg unserer Initiative. Genauso wichtig ist aber, dass die Köpenicker Straße langfristig vom Durchgangsverkehr entlastet wird. Die TVO muss kommen.“

Momentan ist in den Medien allerdings nur von Kostensteigerungen, Streit mit der Bahn um die Trassenführung und Widerstand von Naturschützern zu hören. Die FDP hat bereits 2024 einen Vorschlag zur Diskussion gestellt, der diese Hindernisse aufgreift: Die Trennung des Fuß- und Radweges vom Kfz-Verkehr. So ließen sich Kosten sparen, Platz für eine mögliche Schienen-TVO freihalten und die Natur schonen.

Tal-Center: Entwicklung statt Verfall

In mehrfacher Hinsicht eine bemerkenswerte Konstellation: Die Stimmen von AfD und Grünen verhalten dem Antrag der Linken, das Bebauungsplanverfahren „Tal-Center“ vorerst ruhen zu lassen, zur Mehrheit. Dabei war die Planung doch unter der früheren Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (ebenfalls Linke) angeschoben worden. „Diese Entscheidung ist fatal. Sie verhindert einerseits den dringend erforderlichen Neubau von bezahlbarem Wohnraum. Andererseits werden die nicht vermietbaren Läden über kurz oder lang das Quartier mit allen negativen Folgen beeinträchtigen,“ kommentiert das Harald Wurr vom Bezirksvorstand der FDP.

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAWAG will die weitgehend leerstehenden Gewerbegebäude abreißen und Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommensgruppen errichten. Im Erdgeschoss sollen auch wieder Flächen für Einzelhandel und Dienstleistung entstehen. Die Verwaltung hatte die Pläne Anfang des Jahres im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung vor Ort ausführlich erläutert. Sie bieten

nach Ansicht der FDP eine gute Grundlage für die Entwicklung des Viertels.



Leerstand im Tal-Center: „Frick“ ist nicht zu finden, „kik“ zieht im Juni aus

Die Linke verspricht für Berlin 7.500 neue Wohnungen pro Jahr. In der Praxis versucht sie jedoch, jedes größere Bauvorhaben im Bezirk zu verhindern. Wurr: „Das ist populistisch

und wird die Misere am Berliner Wohnungsmarkt nicht verbessern. Auch die Enteignung großer privater Wohnungsunternehmen, was die Linke ebenfalls fordert, schafft keine einzige zusätzliche Wohnung.“

Wie weit sich die Diskussion inzwischen von den Realitäten entfernt hat, zeigen zwei ideologische Formulierungen: In einem von der Linken unterstützten Einwohnerantrag zum Tal-Center ist von „zusätzlicher spekulativer Bebauung“ die Rede. Beim angeblichen „Spekulant“ handelt es sich jedoch um die GEWOBAWAG, deren Aufgabe als städtische Gesellschaft es ist, langfristig für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Aus dem gleichen Grund geht auch die Forderung, „die Flächen des Tal-Centers in kommunales Eigentum zurückzuführen“, ins Leere. Die Anwohnerinnen und Anwohner müssen sich auch nicht vor unlauteren Mieterhöhungen und Verdrängung fürchten, wie man ihnen einreden will, da die bestehenden Wohnungen im Kiez zwei Genossenschaften gehören, die sich preiswertes und sicheres Wohnen auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Leistung und Einsatz müssen sich wieder lohnen

Seit einem Jahr darf die Bundesregierung, das Sondervermögen (besser: Sonderschulden) für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz ausgeben. Zwei Forschungsinstitute rechnen nun vor: Das Geld wurde hauptsächlich genutzt, um Haushaltslöcher zu stopfen. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat errechnet, dass 2025 rund 86 % der neu aufgenommenen Schulden nicht für neue Brücken oder Schulen eingesetzt wurden, das Münchner Ifo-Institut kommt sogar auf 95%. FDP-Vize Wolfgang Kubicki dazu: „Das ‚zusätzliche‘ Investitionsprogramm der Bundesregierung, für das die Schuldenbremse geschliffen wurde, ist eine reine Luftnummer.“

Inzwischen haben 23 ehemalige Abgeordnete der FDP gegen das Son-



Danke liebe Berlinerinnen und Berliner: Es zeichnet sich das Scheitern von BERLIN AUTOFREI ab

dervermögen, das nach dem Bruch der Ampel-Koalition noch in der letzten Sitzung des alten Bundestags mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Liberalen beschlossen wurde, Verfassungsbeschwerde eingelegt.

„Nun ist wissenschaftlich attestiert, was vor einem Jahr schon absehbar war: Den vollmundigen Ankündigungen von Investitionen in die Infrastruktur folgten keinerlei Taten. Für die Menschen im Land ist das doppelt bitter: Zum einen müssen die Fleißigen dabei zusehen, wie ihr Steuergeld in Konsumausgaben verschwendet wird und zum anderen wird den kommenden Generationen mutwillig immer mehr Handlungsspielraum genommen“ so Nicol Büttner, Generalsekretärin der FDP.